



Antrag von UNOS Tirol (UNOS – Unternehmerisches Österreich) an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol, Sitzung am 05.11.2025

Standort Österreich stärken: Maßnahmenpaket für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand

Begründung

Österreich befindet sich an einem wirtschaftlichen Wendepunkt: Zwei Rezessionsjahre in Folge, steigende Lohnstückkosten, wachsende Abgaben und hohe Bürokratie belasten Unternehmen und Arbeitskräfte gleichermaßen. Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass Österreich im EU-Ranking an Wettbewerbsfähigkeit verloren – im IMD-Ranking fiel unser Land von Platz 19 im Jahr 2021 auf Rang 26 im Jahr 2025. Während andere Länder dynamisch aufholen, droht Österreich den Anschluss zu verlieren. Unser Ziel ist daher klar: Wir wollen ein Land, in dem Unternehmertum wieder lohnt, Investitionen attraktiv sind und Innovationen gezielt gefördert werden. Österreich soll bis 2030 unter die zehn wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften Europas zurückkehren.

Mit diesem Maßnahmenpaket werden klare Rahmenbedingungen hierfür geschaffen: Unternehmen werden entlastet, Wachstum und Investitionen gefördert, die Eigenkapitalbasis gestärkt, bürokratische Hürden reduziert und Politik sowie Wirtschaft auf einen gemeinsamen Kurs gebracht, um den Wirtschaftsstandort Tirol und Österreich nachhaltig zu stärken.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol möge die folgenden Maßnahmen beschließen und an die jeweils zuständigen Stellen übergeben, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für unseren Wirtschaftsstandort sicher zu stellen:

1. Arbeitsvolumen erhöhen: Feiertage auf EU-Durchschnitt reduzieren

Begründung

Mit derzeit 13 bundesweiten Feiertagen liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld und verliert dadurch jährlich erhebliche Produktivitätszeit. Dänemark oder die Niederlande kommen mit neun Feiertagen aus, ohne dass soziale Standards darunter leiden. Zusätzlich bestehen in einigen Bundesländern Sonderregelungen wie in **Tirol** der **Josefstag**, die nur für Landesbedienstete gelten und die Wettbewerbsneutralität untergraben.

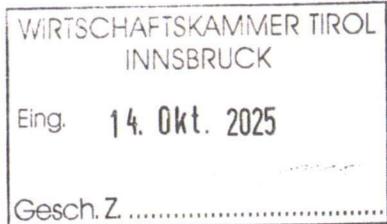
Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol fordert die WKÖ dazu auf, sich beim Bund für eine Reduktion der gesetzlichen Feiertage um zwei Tage einzusetzen, um sich dem Durchschnitt der wichtigsten EU-Mitbewerber anzunähern (BENESCAND-Länder). Die Wirtschaftskammer Tirol fordert zusätzlich die Tiroler Landesregierung auf, auf die Abschaffung landesgesetzlicher Sonderfeiertage hinzuwirken, die ausschließlich bestimmten Berufsgruppen (Landesbediensteten) dienstfrei gewährt werden.

2. Unternehmen entlasten: Entgelt im Krankenstand fair gestalten

Begründung

Arbeitgeber:innen tragen in Österreich ab dem ersten Krankenstandstag die vollen Lohnkosten, was vor allem kleine und mittlere Betriebe unverhältnismäßig belastet. In anderen Ländern – etwa der Schweiz oder den Niederlanden – existieren Karenztagsmodelle, die ein faires Gleichgewicht zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen schaffen. Ergänzend soll eine antragslose



Refundierung der Personalkosten ab dem 11. Krankenstandstag die Liquidität von Betrieben sichern und die Verwaltung vereinfachen.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol fordert die WKÖ auf, gegenüber der Bundesregierung und den Sozialpartnern auf ein modernes Entgeltfortzahlungssystem hinzuwirken, das die Einführung eines Karenztages sowie eine antragslose Refundierung binnen vier Wochen ab dem 11. Krankenstandstag für Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeiter:innen vorsieht.

3. Lohnkosten senken: Zuschläge für Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit steuer- und abgabenfrei stellen

Begründung

Das derzeitige System von Freibeträgen und Ausnahmeregelungen bei Überstunden- und Zuschlagsarbeit ist unübersichtlich und bürokratisch. Eine vollständige Steuer- und Abgabenbefreiung für Zuschläge zu Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit würde Leistung belohnen, Betriebe entlasten und die Lohnverrechnung vereinfachen. Damit würde Arbeit zu Randzeiten attraktiver und gerechter vergütet werden.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol fordert die WKÖ auf, sich gegenüber der Bundesregierung für die vollständige Steuer- und Abgabenfreiheit sämtlicher Zuschläge für Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit einzusetzen, unabhängig davon, ob diese in Freizeit oder Geld abgegolten werden.

4. Handel fördern: Freigabe der Ladenöffnungszeiten

Begründung

Das bestehende Ladenöffnungszeitengesetz sowie die Vielzahl landesrechtlicher Detailverordnungen schränken Unternehmer:innen in Tirol erheblich ein und führen zu einem unübersichtlichen, bürokratischen Regelungsgeflecht. Eine umfassende Liberalisierung wie anderen europäischen Ländern – etwa Tschechien, Ungarn, Polen, Schweden oder Finnland – würde insbesondere im Tourismus zusätzliche Umsatzchancen schaffen, Kaufkraftabfluss in Grenzregionen vermeiden und heimische Betriebe gegenüber internationalen Online-Anbietern stärken.

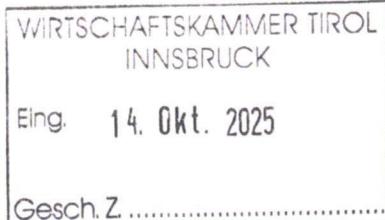
Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol fordert die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) auf, sich gegenüber der Bundesregierung für eine vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und die ersatzlose Streichung aller bundesweiten Öffnungszeitregelungen einzusetzen. Gleichzeitig wird die Tiroler Landesregierung aufgefordert, bestehende landesrechtliche Regelungen im Bereich der Ladenöffnungszeiten zu vereinfachen oder aufzuheben, soweit diese in Landeskompétenz liegen, um Unternehmer:innen mehr Entscheidungsfreiheit über ihre Öffnungszeiten zu ermöglichen.

5. Energiekosten senken: Echten Wettbewerb zwischen den Energieversorgungsunternehmen sicherstellen

Begründung

Steigende Energiekosten zählen zu den größten Kostentreibern österreichischer Betriebe. Mehr Wettbewerb ist das wirksamste Mittel, um Energiepreise zu stabilisieren und langfristig faire Marktbedingungen zu schaffen. Gegenseitige Beteiligungen und politische Einflussnahmen im Energiesektor behindern allerdings marktwirtschaftliche Strukturen und Innovation. Energieversorgungsunternehmen sollen unabhängig voneinander agieren, um Preistransparenz,



UNOS
Unternehmensfreude

Innovation und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Zugleich bietet ein funktionierender Wettbewerb die Chance, Österreich langfristig als Energie-Nettoexporteur zu positionieren und Energie zum zentralen Wertschöpfungsfaktor zu entwickeln.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol fordert die Tiroler Landesregierung auf, sämtliche bestehende Beteiligungen des Landes an Energieversorgungsunternehmen kritisch zu prüfen und Querbeteiligungen aufzulösen, um echten Wettbewerb im Energiesektor zu ermöglichen. Ziel ist es, politische Einflussnahmen zu beenden und die Marktstrukturen so zu gestalten, dass Energieversorgungsunternehmen unabhängig voneinander agieren können.

6. Bürokratie abbauen: Einheitliche Vollziehung von Bundesrecht sicherstellen

Begründung

Die Vollziehung von Bundesgesetzen erfolgt vielfach in mittelbarer Bundesverwaltung durch Landesbehörden. Dabei kommt es z. B. im Gewerberecht, beim Berufszugang oder im Betriebsanlagenrecht zu erheblichen Unterschieden in der Verwaltungspraxis. Der Bund kommt seiner Koordinierungsaufgabe bislang nicht ausreichend nach, wie auch der Rechnungshof bereits kritisiert hat.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol beschließt, dass die Wirtschaftskammer Tirol gemeinsam mit den anderen Landeskammern der Wirtschaftskammerorganisation eine Arbeitsgemeinschaft zur Vollzugsharmonisierung einrichtet, um Unterschiede in der Vollziehungspraxis von Bundesgesetzen systematisch zu erheben und zu dokumentieren. Diese Erhebung soll Grundlage für eine gemeinsame Positionierung gegenüber der Bundesregierung dienen. Ziel ist es, auf Basis der gewonnenen Daten eine einheitliche Vollziehung durch klarstellende Richtlinien und Erlässe sowie eine zentrale Datenerhebung und Auswertung auf Bundesebene einzufordern.

[Name(n) und Unterschrift Mandatar:innen]
[Datum]